

Antrag

der Gruppe der PDS/Linke Liste

Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung in der Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Abgabe eines regelmäßigen „Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung in der Türkei“ (Unterrichtung des Deutschen Bundestages gemäß § 75 Abs. 1 Buchstabe e der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages) wieder aufzunehmen. Gegenstand des Berichts soll eine Darstellung und Bewertung der aktuellen Situation und Entwicklung in der Türkei bezüglich der Verletzung von Menschenrechten sein, insbesondere im Hinblick auf das freie Betätigungsrecht für politische Parteien und Gewerkschaften, die Arbeitsbedingungen der Presse, Überprüfung der Foltervorwürfe und der Vorwürfe über die Ermordung politischer Oppositioneller durch Staatsorgane, Überprüfung der Situation von aus der Bundesrepublik Deutschland in die Türkei abgeschobenen Menschen, Überprüfung der Situation in den türkischen Haftanstalten, Überprüfung der Situation und der Rechte des kurdischen Volkes in der Türkei.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Deutschen Bundestag aktuell schriftlich über die Umstände und das Geschehen im Zusammenhang mit der Verschleppung und Ermordung des Vorsitzenden der HEP (Partei der Arbeit des Volkes), Vedat Aydin, und des Massakers durch die türkische Armee und Sondereinheiten der türkischen Polizei gegen Demonstranten/Demonstrantinnen während der Beerdigung Aydins am 10. Juli 1991 zu unterrichten.

Bonn, den 25. Juli 1991

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die regelmäßige Unterrichtung des Deutschen Bundestages durch die Bundesregierung über die Entwicklung in der Türkei wurde nach der Plenardebatte des letzten Regierungsberichts am 5. Oktober 1984 eingestellt. Grund der Einstellung der Unterrichtung war die Auffassung der Bundesregierung und der Mehrheit des Deutschen Bundestages, daß der Demokratisierungsprozeß in der Türkei so weit fortgeschritten sei, daß eine weitere Beobachtung der Menschenrechtssituation nicht mehr erforderlich sei. Die Vorkommnisse der letzten Wochen und Monate und insbesondere die allgemein verschärfte Situation für das kurdische Volk in der Türkei widerlegen diese Auffassung.